

Historiker ausgeladen

Kniefall vor der Rechtsentwicklung: ATTAC distanziert sich von dem israelischen Intellektuellen Moshe Zuckermann

Von Susann Witt-Stahl

Der Historiker soll keinen Vortrag im niedersächsischen Oldenburg halten. Die dortige Regionalgruppe des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC hatte Moshe Zuckermann eingeladen, am 10. Mai über den Nahostkonflikt und die innenpolitische Lage in Israel zu sprechen. Ende vergangener Woche kam dann die Absage. Die schriftliche Anfrage von *jW* nach den Gründen blieb unbeantwortet, aber ein internes Schreiben, das der Redaktion vorliegt, gibt Aufschluss: Da ist von einer »Zuspitzung im örtlichen Konflikt um die Nutzung städtischer öffentlicher Räume für Kritiker der staatlichen israelischen Politik wie den damit verbundenen Vorwürfen des Antisemitismus« und von »zwei opportunen Einwänden« gegen die Einladung Zuckermanns die Rede: Zum einen fürchtet man Konflikte in der Oldenburger ATTAC-Gruppe, zum anderen hat man Angst vor negativen Reaktionen, etwa aus der Linkspartei und der SPD.

In Deutschland sind israelische und andere Repräsentanten des humanistischen Judentums seit Jahren Hasskampagnen ausgesetzt. Was mit Diffamierungen begann, gipfelt mittlerweile in Raumentzug und Redeverbote. Der rapide Anstieg der Repressalien kommt nicht aus heiterem Himmel, und dennoch von ganz oben – nach deutlicher Rechtsverschiebung der innen- und außenpolitischen Koordinaten: Die Bundesregierung hat 2017 eine von ihr noch verschärfte Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance angenommen, die auf rechtsideologischen Thesen des Ex-Likud-Politikers Natan Scharanski basiert und eine pauschale Gleichsetzung von Kritik an der israelischen Regierungspolitik mit Judenhass ermöglicht. Außenminister Heiko Maas (SPD) baut die Beziehungen zu den nationalreligiösen Hardlinern in Jerusalem, nicht zuletzt durch seine Freundschaft mit der israelischen Justizministerin und Mitgründerin der in Teilen faschistischen Partei Die Neue Rechte, immer weiter aus.

Rechtsopportunistische Linke flankieren den als »Antisemitismusbekämpfung« camouflierten sukzessiven Abschied Deutschlands vom internationalen Recht: Die Bundestagsfraktion der Linkspartei unterstützt immer häufiger Merkels Pro-Netanjahu-Politik, inklusive der Aufrüstung Israels und Sanktionierung der Kritiker. Einigen ihrer Mitglieder geht das nicht weit genug: Im Februar wollte der Linke-Abgeordnete Michael Leutert offenbar noch mehr Tabubruch wagen und stimmte mit der AfD-Fraktion für einen FDP-Antrag, mit dem eine generelle Parteinarbeit Deutschlands für Israel in der Vollversammlung, dem Menschenrechtsrat und anderen Gremien der Vereinten Nationen durchgesetzt werden sollte.

Solche politischen Verwerfungen finden auch im beschaulichen Oldenburg Niederschlag. Während einer Sitzung des Stadtrates am vergangenen Montag, in der das Verbot der Nutzung von öffentlichen Räumen durch die BDS-Kampagne und andere Initiativen gegen die israelische Besatzungspolitik debattiert wurde, beschuldigte eine SPD-Stadträtin antizionistische jüdische und andere Linke »antisemitischer Straftaten« – ohne dass sie dafür Belege anführte. Ähnlich schwere Geschütze brachte ein Redner des rechten Flügels der

Linke-Fraktion in Stellung: Zwar möchte er Kritik an der israelischen Regierung nicht generell unterbinden, unterstellte aber den Befürwortern einer demokratischen Einstaatenlösung, von Antisemitismus angetrieben zu sein und Israel »vernichten« zu wollen. Nahezu grotesk: Das offensiv von diesem Linke-Stadtrat geforderte Raumverbot für von ihm als »Antisemiten« gebrandmarkte Linke hätte auch für seinen Parteifreund, den Völkerrechtler Norman Paech gegolten, der zwei Tage später in Oldenburg einen Vortrag mit dem Titel »Apartheid, Siedlerkolonialismus und Meinungsfreiheit« halten wollte – und schließlich auch konnte, nachdem ein ausgesprochener Bann per Gerichtsbeschluss aufgehoben wurde.

Dass die ATTAC-Regionalgruppe Oldenburg in vorseilendem Gehorsam gegenüber Netanjahus Pressure-Groups in SPD und der Linken mit Moshe Zuckermann auch keinen Vertreter der Zweistaatenlösung in der Stadt zu Wort kommen lassen will, löst bei der Bundesorganisation nicht einmal Bedenken aus: ATTAC Deutschland sei mit dem Vorfall bisher nicht befasst, habe aber »großes Vertrauen«, dass die Oldenburger Gruppe »ihre Entscheidung sorgfältig und verantwortungsvoll abgewogen und wohlbegründet getroffen hat«, erklärt Sprecherin Frauke Distelrath gegenüber jW und verweist auf ein Diskussionspapier des ATTAC-Koordinierungskreises. Die Lektüre gibt Aufschluss, warum jüdische Humanisten wie Zuckermann längst ein rotes Tuch zumindest für die hegemonialen Kräfte in ATTAC sind. Denn in der Publikation wird die Opposition gegen die israelische Staatsideologie mit der vernichtungsantisemitischen Hetze der Nazis gleichgesetzt – also genau die Kriminalisierung der zionismuskritischen Linken propagiert, die Israels Rechtsaußen sich wünschen.

Debatte

Debattieren Sie über diesen Artikel: [Schreiben Sie einen Beitrag](#)
[Antworten aller Beiträge anzeigen](#)

- Beitrag von **Thomas P.** aus B. (29. März 2019 um 23:38 Uhr)

Ich werde mich - nach der Lektüre dieses sehr informativen Berichts - als Fördermitglied von ATTAC sehr wahrscheinlich verabschieden.

Es ist zum Verzweifeln: Nach dem letzten Parteitag der Linkspartei ist diese für mich nicht mehr wählbar und jetzt der Kouteau ATTACs

vor der imperialistischen US/EU/BRD Israel-Politik. Grotesk der Kniefall nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit!

○